

## Appetit bremsen

**Alle Versuche Polens, westdeutsche Großindustrie ins Land zu holen, sind bislang gescheitert.**

Wo immer Außenminister Hans-Dietrich Genscher vergangene Woche in Polens Hauptstadt Warschau vorsprach, stets mußte sich der Herr aus Bonn Klagen über deutsche Unternehmer anhören: Die Manager aus dem kapitalistischen Deutschland wollen dem kommunistischen Polen zwar gern ihre Waren verkaufen, zu großzügigen finanziellen Engagements zeigten sie aber keine Neigung.

„Die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit“, so krittelte Polens Außenminister Stefan Olszowski gegenüber Genscher, „sind noch nicht voll ausgeschöpft worden.“ Deutlicher, als es dem Chefdiplomaten erlaubt ist, äußerte sich Ryszard Wonja, Starkkommentator im polnischen Fernsehen und Kandidat für das Zentralkomitee: „Von Seiten der Bundesrepublik besteht kein politischer Wille zur wirtschaftlichen Kooperation.“

Dabei sind die westdeutschen Ausfuhr in die Volksrepublik Polen seit 1970, als Bonn die Oder-Neiße-Grenze anerkannte, sprunghaft auf das Sechsfache gestiegen. Doch der sozialistische Partner konnte dabei nicht mithalten, sein Warenabsatz bei den Westdeutschen hat sich nur verdoppelt. In beängstigenden Dimensionen wächst daher von Jahr zu Jahr das polnische Defizit, 1974 waren es rund 2,2 Milliarden Mark.

Nur vorübergehende Entlastungen können den Polen auch die jetzt anstehenden Milliarden-Überweisungen aus Bonn bieten. Das Abkommen über einen Finanzkredit von einer Milliarde Mark und die Vereinbarung über pauschale Rentenleistungen von 1,3 Milliarden Mark, vergangenen Donnerstag von Genscher und Olszowski feierlich unterzeichnet, bringen den Polen zusammen kaum mehr Westmark ein, als sie allein zur Begleichung ihres Handelsdefizits mit der Bundesrepublik aus dem Jahr 1974 benötigen.

Nichts bleibt da in der Kasse für ein industrielles Superprojekt, mit dem in großem Stil verwirklicht werden könnte, was sich die Polen am meisten wünschen: Die Deutschen sollen Kapital und Technik liefern, die Polen wollen alles mit Produkten aus den Kooperationsunternehmen bezahlen. Ein Warschauer Wirtschaftsspezialist: „Diese Art der Bindung von Investitionsmitteln ist das einzige, was uns interessiert. Das schafft Gegenseitigkeit und für uns Exportmöglichkeiten.“

Zwar fanden sich Deutsche und Polen bis jetzt zu 150 Kooperationsobjek-

ten zusammen, doch meist blieb es bei einfacher Lohnverarbeitung. Herausragend sind da schon Unternehmen wie die Firmen Grundig, die in Warschau Tondbandgeräte fertigen läßt, oder Siemens, das in Polen Heimbügelautomaten montieren läßt. Praktisch perfekt ist auch ein 300-Millionen-Mark-Projekt der Firma Krupp, die in Polen ein Methanol-Werk baut.

Der große Wurf blieb aber bislang aus. Polens stellvertretender Außenminister Josef Czyrek konstatierte gegenüber dem SPIEGEL: „Es gibt imposante Zahlen im deutsch-polnischen Handel. Aber wir haben nichts Dauerhaftes geschaffen.“

Das besorgte die Konkurrenz der Westdeutschen, die ein Großgeschäft nach dem anderen landete. So baute der italienische Fiat-Konzern in Polen



Vertragspartner Genscher, Olszowski: Der große Wirt fehlte

Pkw-Fabriken. Der französische Berliet-Konzern lieferte Material und Blaupausen für eine Autobusfabrik; die britische Tochter des kanadischen Unternehmens Massey Ferguson engagierte sich in einer Traktorenschmiede, von deren Bändern einmal 100 000 Trecker im Jahr rollen sollen. Selbst bei Lastwagen, weltweit eine Domäne bundesdeutscher Unternehmen, blieben die Deutschen draußen: das Geschäft machen Volvo aus Schweden und Steyr-Daimler-Puch aus Österreich.

Häufigste Ursache für die Erfolglosigkeit der Westdeutschen waren Finanzierungsprobleme: Anders etwa als Frankreich, England oder die USA ist die Bonner Regierung nicht bereit, die Expansion westdeutscher Firmen im Ostblock mit zinsgünstigen Krediten zu subventionieren.

Geldprobleme waren jedoch nicht der einzige Hinderungsgrund. Das ambitionöse Vorhaben, Strom aus Stettiner Kohlekraftwerken, die mit deutschen Mammut-Turbinen arbeiten sollten, nach West-Berlin und in die Bundesrepublik zu leiten, scheiterte bislang vor allem an der DDR: Die Ostdeutschen, die auch bei einem ähnlichen Projekt mit der Sowjet-Union bocken, verweigern das Wegerecht für den Strom.

Festgefahren auch sind die Verhandlungen über deutsch-polnische Gemeinsamkeiten beim Abbau von Kupfererzanlagen bei Lubin, den größten in Europa. Die Deutschen, angeführt von der Frankfurter Metallgesellschaft, wollen das Kupfer gern unverarbeitet abkaufen, die Polen aber möchten an ihren Erzen gern noch mehr verdienen und bieten verarbeitete Produkte an, etwa Kupferdrähte. Vorsorglich melde-

te die Lobby der deutschen Kupferschmelzer im Bonner Wirtschaftsministerium schon mal Protest an.

Auch die Angst bundesdeutscher Unternehmen, vorgefertigte Produkte aus Polen könnten westliche Märkte überfluten, vereitelte so manchen Handel. Jüngstes Beispiel: Zusammen mit den Chemischen Werken Hüls wollte die Friedrich Ude GmbH ein Kunststoffwerk für PVC in Polen bauen. Doch als die Männer von Hüls hörten, daß die Polen dann ihren Kunststoff auch in der Bundesrepublik absetzen möchten, paßten sie. Das PVC-Werk baut nun der englische Chemie-Gigant ICI. Ein Bonner Wirtschaftsbeamter spottet: „Die Deutschen vergaßen, daß England in der EG ist und Polen sein PVC nun einfach über ICI auf den deutschen Markt werfen kann.“

Die geringe Bereitschaft der Westdeutschen, Polens mageren Export in die Bundesrepublik durch Kapital und Know-how aufpäppeln zu helfen, zeitigt schon unangenehme Folgen. Erstmals seit den Verträgen von 1970 sorgten die Warschauer Außenhändler jetzt dafür, daß die Deutschen in Polen nicht mehr so munter wie bisher verkaufen können: Der Polen-Export der Bundesrepublik ging im ersten Halbjahr 1975 um 14 Prozent zurück.

„Unser Appetit ist sehr groß“, sagte vergangene Woche Polens Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz zu Außenminister Genscher, „aber wir müssen uns bremsen.“